



Genocide Alert e.V.

Jahresbericht 2016

Projekte

Erfolge

Finanzen

Veröffentlichungen

Editorial

Liebe Mitglieder von Genocide Alert,

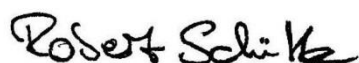
mit der Veröffentlichung unseres Genocide Alert Monitors haben wir im Jahr 2016 einen Meilenstein in der frühzeitigen Diskussion von Risiken für Massenverbrechen wie Völkermorde und schwerste Menschenrechtsverletzungen gesetzt. Erstmals überhaupt berichtete eine Organisation innerhalb Europas systematisch über derartige Gräueltaten und identifizierte Risikosituationen weltweit.

Insbesondere durch die zweiseitigen Monitorpublikationen, die wir gezielt auf die Anforderungen des politischen Betriebs abgestimmt haben, konnten wir neue Gesprächspartner in der Politik und der Öffentlichkeitsarbeit gewinnen. Die ausführlichen Monitor- und Länderberichte und die interaktive Karte auf unserer Homepage brachten uns auch in sozialen Medien eine bislang ungekannte Reichweite ein.

Trotz dieser enormen Fortschritte gilt es, auch das innenpolitische Klima zu reflektieren: Die Zuwanderung von Flüchtlingen aus von Massenverbrechen betroffenen Staaten beschert der Fluchtursachenbekämpfung und Prävention zwar neue und dringend benötigte Aufmerksamkeit, wird aber auch von rechten Populisten instrumentalisiert und zur Anstachelung von Hetzkampagnen innerhalb Deutschlands genutzt. In Kooperation mit dem Verband Hessische Muslime für Demokratie und Vielfalt haben wir uns dieser Thematik im Rahmen einer Veranstaltung mit jungen Muslimen widmen können.

Bei all den Debatten um Massenverbrechen in Syrien und im Irak darf präventive Arbeit nicht vernachlässigt, sondern muss im Gegenteil umso intensiver betrieben werden. Wir unterstützen daher den PeaceLab-2016-Prozess der Bundesregierung, der der Neuformulierung von Leitlinien zur Krisenprävention dient. Gemeinsam mit dem Global Public Policy Institute (GPPI), der BMW Stiftung Herbert Quandt und dem United States Holocaust Memorial Museum haben wir eine PeaceLab-Veranstaltung mit dem Titel „Preventing Crises, Preventing Atrocities: Lessons and Opportunities for Transatlantic Cooperation“ organisiert. In PeaceLab-Artikeln konnten wir unsere Vorschläge für eine effektivere frühzeitige Erkennung und Prävention von Massenverbrechen einbringen. An diese Erfolge gilt es für uns im kommenden Jahr anzuknüpfen und die Prävention von Massenverbrechen als Schwerpunkt in der deutschen Außenpolitik zu verankern.

Unsere Erfolge werden vom Engagement der zahlreichen ehrenamtlich Aktiven sowie den Unterstützern des Vereins getragen. Ihnen gebührt daher der besondere Dank des gesamten Vorstands!



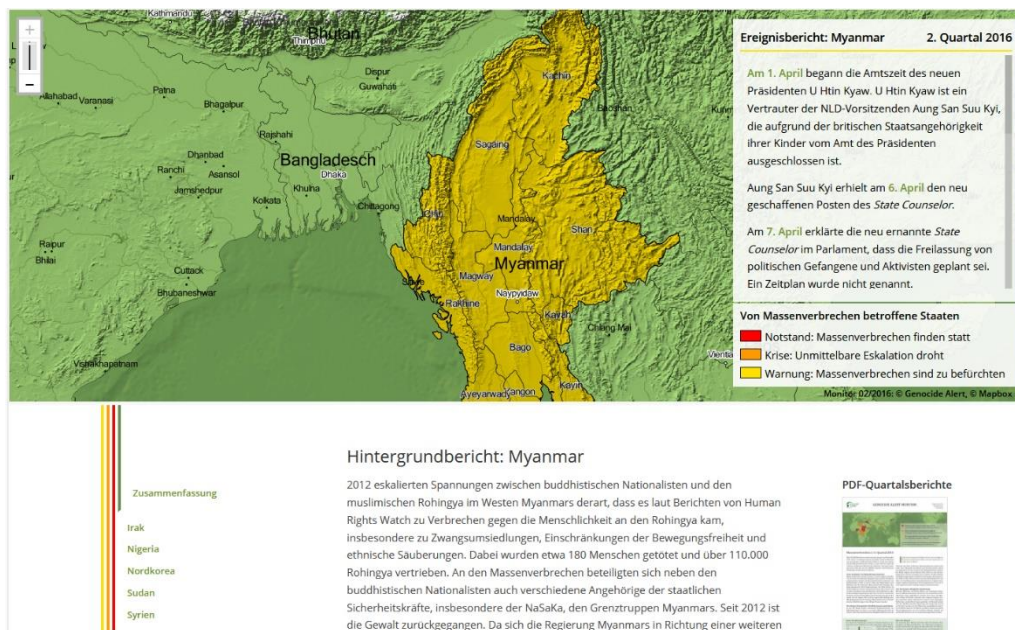
Dr. Robert Schütte,
Vorstandsvorsitzender von Genocide Alert e.V.

Inhaltsverzeichnis

Genocide Alert Monitor zur weltweiten Entwicklung von Massenverbrechen	4
„Der IS auf dem Rückmarsch?“ Veranstaltung in Kooperation mit dem Verband Hessische Muslime für Demokratie und Vielfalt.....	6
PeaceLab 2016 Veranstaltung: Expertendiskussion zu Krisenprävention und Prävention von Gräueltaten in Berlin	7
Deutschlands Politik gegenüber Massenverbrechen – Ein historischer Überblick	9
Aktualisierung und Neugestaltung von www.schutzverantwortung.de	10
Veröffentlichungen.....	12
Genocide Alert auf Veranstaltungen	14
Interviews mit Genocide Alert	15
Finanzbericht: Das Jahr in Zahlen.....	16
Gut vernetzt – Kooperationspartner	17
Impressum	18

Genocide Alert Monitor zur weltweiten Entwicklung von Massenverbrechen

Der Anfang 2016 zum ersten Mal veröffentlichte Genocide Alert Monitor informiert politische Entscheidungsträger, Medien und die interessierte Öffentlichkeit regelmäßig über die weltweite Entwicklung von Massenverbrechen. Dazu erfasst er Entwicklungen in von Massenverbrechen betroffenen Staaten und Risikosituationen, in denen Schlimmeres noch verhindert werden könnte. Er ist unter www.genocide-alert.de/monitor erreichbar.



Zu oft erlangen Konflikte erst politische Aufmerksamkeit, wenn sie ausgebrochen sind und es für substanzielles präventives Engagement zu spät ist. Um Risikofälle frühzeitig auf die politische Agenda zu setzen, diskutiert der Monitor in der Forschung identifizierte Risikoindikatoren und wendet diese auf konkrete Fälle an. Er wertet Berichte etablierter Menschenrechtsorganisationen gezielt auf Eskalationspfade und mögliche Täter aus. Der Monitor schließt damit eine Informationslücke im deutschsprachigen Raum und soll zu einer besseren Prävention von Massenverbrechen führen.

Zu schnell verliert die Politik zudem Krisen aus den Augen, wenn die Medien aufhören zu berichten. Mit unserem Genocide Alert Monitor wollen wir neben medial ausgeleuchteten

Fällen wie Syrien auch auf solche Massenverbrechen aufmerksam machen, die nicht länger in Fokus stehen. Hierzu zählen unter anderem Darfur, Südsudan und Nordkorea.

Der Monitor ist als zweiseitiger Bericht sowie als Hintergrundseite unter www.genocide-alert.de/monitor zugänglich. Neben aktuellen Berichten und einer interaktiven Karte finden sich dort auch Analysen zu Massenverbrechen, Konflikthintergründen und Akteuren. Der Monitor ordnet Fälle als Notstand, Krise oder Warnung ein und verbreitert so den

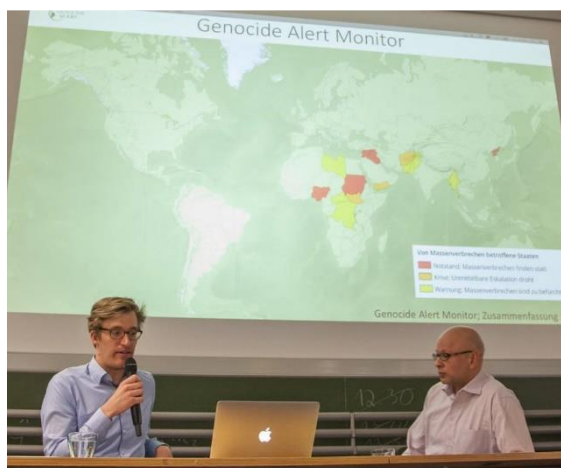
Fokus auch auf die Prävention, anstatt ausschließlich auf stattfindende Massenverbrechen zu verweisen.

Die Bewertung der von Massenverbrechen betroffenen Staaten erfolgt vierteljährlich auf Grundlage des R2P Monitors vom Global Centre for the Responsibility to Protect und des Early Warning Projects vom US Holocaust Memorial Museum. Zur detaillierten Analyse werden unter anderem Beiträge von Amnesty International, Human Rights Watch und der International Crisis Group ausgewertet.

Im Jahr 2016 haben wir im Rahmen des Monitors vier zweiseitige Publikationen veröffentlicht, die wir gezielt auf die Anforderungen des Politikbetriebes zugeschnitten haben. Zusätzlich haben wir im Laufe des Jahres 2016 auf unserer Monitorseite zur weiteren Lektüre und Recherche 56 Berichte für insgesamt 15 Länder veröffentlicht mit jeweils vier bis fünf Seiten. Damit hat Genocide Alert erstmals und als einzige Organisation überhaupt innerhalb Europas Risikofälle, stattfindende Massenverbrechen, Indikatoren und relevante Akteure ausführlich und systematisch dokumentiert.

Unseren Monitor konnten wir erfolgreich in die Arbeit einzelner Bundestagsbüros einbringen und auch der neu eingerichteten Frühwarnabteilung des Auswärtigen Amtes vorstellen. Auch in sozialen Netzwerken haben unsere Monitorbeiträge erhebliche Resonanz entwickeln können. Für die Zukunft gilt es für uns nun, dieses sehr erfolgreiche aber arbeitsintensive Pilotprojekt weiter zu professionalisieren und entsprechende Fördermittel für eine Fortführung und Etablierung einzuwerben.

„Der IS auf dem Rückmarsch?“ Veranstaltung in Kooperation mit dem Verband Hessische Muslime für Demokratie und Vielfalt



Viel beschäftigt haben die deutsche Öffentlichkeit im Jahr 2016 insbesondere die Massenverbrechen und Terroranschläge des sogenannten Islamischen Staates (Daesh) in Syrien und im Irak. Das gilt auch für Genocide Alert. Gleichzeitig rief die mediale Berichterstattung über die radikal-islamistischen Terroristen auch zahlreiche islamfeindliche Kommentatoren und Populisten hervor; auch auf unserer eigenen Facebookseite.

Gemeinsam mit dem Verband Hessische Muslime für Demokratie und Vielfalt (HMDV) organisierte Genocide Alert daher eine Veranstaltung zur absehbaren militärischen Niederlage des sog. Islamischen Staates, bei der jungen Muslimen eine Stimme in der Debatte gegeben wurde. Gemeinsam mit ihnen diskutierte Jens Stappenbeck auf der Veranstaltung am 14. Juli 2016 in Frankfurt am Main die Folgen der absehbaren militärischen Niederlage von Daesh, anhaltende Risiken für Terroranschläge und islamfeindliche Stereotypen in der deutschen Berichterstattung.

Bei der Veranstaltung wurde insbesondere hervorgehoben, dass unzählige islamische Verbände, Imame und Rechtsgelehrte Daesh und dessen Gräueltaten einheitlich als unislamisch verurteilen. Statt von einem sogenannten Islamischen Staat zu sprechen und den Terroristen damit ausgerechnet den Status zuzusprechen, den sie für sich zu beanspruchen zu versuchen, sollte in Bezug auf die Terrororganisation von Daesh gesprochen werden.

Deutlich wurde auch, dass die militärische Niederlage von Daesh keinen Frieden bringen wird. Die Mehrheit der Zivilisten in Syrien stirbt durch die Luftangriffe des Assad-Regimes und anderer Kriegsparteien. Das schreckliche Leid geht für sie weiter. Im Irak ist zu befürchten, dass der geschwächte Daesh mehr Terroranschläge auf Zivilisten verübt und Konflikte zwischen Schiiten und Sunniten eskalieren.

PeaceLab 2016 Veranstaltung: Expertendiskussion zu Krisenprävention und Prävention von Gräueltaten in Berlin

Bei einem Roundtable in Berlin am 20. Oktober 2016 diskutierten Experten, Diplomaten und Politiker, wie die Prävention von Massenverbrechen im Rahmen der transatlantischen Kooperation gestärkt werden kann. Die Veranstaltung mit dem Titel „Preventing Crises, Preventing Atrocities: Lessons and Opportunities for Transatlantic Cooperation“ wurde von Genocide Alert gemeinsam mit dem Global Public Policy Institute (GPPI), der BMW Stiftung Herbert Quandt und dem United States Holocaust Memorial Museum organisiert.

Botschafter Lee Feinstein, vormals Mitarbeiter der Obama-Administration (rechts im Bild) und Tod Lindberg, Research Fellow am Hoover-Institut der Stanford University in den USA (links im Bild) präsentierten die Ergebnisse ihrer Studie „Allies Against Atrocities: The Imperative for Transatlantic Cooperation to Prevent and Stop Mass Killings“.



Gemeinsam mit Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern aus dem Auswärtigen Amt, vom GPPI, Genocide Alert und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie aus der Wissenschaft wurde diskutiert, welche Lehren Deutschland aus den Erfahrungen der USA ziehen könne. Genocide Alert forderte dabei die Prävention von Massenverbrechen als eigenständigen Ansatz in den Leitlinien zur Krisenprävention zu verankern und die Frühwarnung vor kritischen Entwicklungen zu verbessern.

Während sich Indikatoren für Massenverbrechen und bewaffnete Konflikte oftmals gleichen, sind diese nicht deckungsgleich. Massenverbrechen können sowohl innerhalb als auch außerhalb bewaffneter Konflikte verübt werden und auch wenn ein bewaffneter Konflikt ausgebrochen und die klassische Konfliktprävention gescheitert ist, muss es für die Prävention von Massenverbrechen nicht zu spät sein, denn: Nur eine Minderheit der Konfliktakteure weltweit verübt tatsächlich auch Massenverbrechen. Potenzielle Täter können und müssen gezielt von systematischen und gezielten Angriffen auf Zivilisten abgeschreckt beziehungsweise abgehalten werden. Der Ansatz zur Prävention von Massenverbrechen kann und soll die Krisenprävention nicht ersetzen, aber um eine dringend nötige Komponente ergänzen, die etwa in den USA längst Standard ist.



Details zur Veranstaltung: Expertengespräch „Preventing Crises, Preventing Atrocities: Lessons and Opportunities for Transatlantic Cooperation“, organisiert von Genocide Alert gemeinsam mit dem Global Public Policy Institute (GPPI), der BMW Stiftung Herbert Quandt und dem United States Holocaust Memorial Museum in den Räumen der BMW Stiftung Herbert Quandt in Berlin am 20. Oktober 2016.

Deutschlands Politik gegenüber Massenverbrechen – Ein historischer Überblick

Wie haben uns im Jahr 2016 intensiv einem größeren Projekt gewidmet, dessen Ergebnis allerdings erst im Januar 2017 veröffentlicht wurde: In zwölf Fallstudien haben wir einen Überblick über die deutsche Politik angesichts von Völkermorden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder systematischen Kriegsverbrechen seit Anfang des 20. Jahrhunderts erarbeitet.

Für jeden Fall haben wir zusammengefasst, wie er in der deutschen Politik und Öffentlichkeit wahrgenommen wurde und welche Rolle Deutschland vor, während und nach den Ereignissen spielte: War Deutschland selbst Täter oder Mittäter? Wie wurden die Ereignisse in Politik und Medien diskutiert und welche Schlüsse wurden gezogen? Wie hat sich in der Bundesrepublik die deutsche Verantwortung für den Holocaust auf die Debatte ausgewirkt? Sah man Massenverbrechen in anderen Staaten als „Problem Anderer“ oder engagierte man sich aktiv für eine schnelle Beilegung und ein Ende des Leids?

Die Homepage des Projekts und die zwölf Fallstudien gingen Ende Januar 2017 online und sind hier zu finden: <http://www.genocide-alert.de/projekte/deutschland-und-massenverbrechen/>

Aktualisierung und Neugestaltung von www.schutzverantwortung.de

Im September 2016 haben wir das Informationsportal www.schutzverantwortung.de überholt und die Inhalte aktualisiert. Das neue adaptive Design macht die Seite nun für verschiedene Geräte einfacher zugänglich.



Was ist die Schutzverantwortung bzw. die „Responsibility to Protect“?



Nach den schockierenden Völkermorden in Ruanda und in Srebrenica sowie der umstrittenen Intervention im Kosovo in den neunziger Jahren, führte die internationale Gemeinschaft eine intensive Debatte über die Prävention massiver Menschenrechtsverletzungen. Nach dem offenkundigen Versagen beim Schutz von Zivilisten wurde nach Wegen gesucht, Massenverbrechen wie Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und ethnische Säuberungen künftig zu verhindern. Wie können Menschenleben geschützt werden, wenn ein Staat unfähig oder unwillens ist, dies zu tun? Wer trägt die Verantwortung für den Schutz von Zivilisten und wie ist dieser zu gewährleisten? Ab wann kann ein Eingriff von außen gerechtfertigt sein und wie ist dies mit der Staatensouveränität vereinbar? Diese Diskussionen mündeten in der Entwicklung des Konzeptes der

„Responsibility to Protect“ (R2P), zu Deutsch „Schutzverantwortung“.

Im Jahr 2001 wurde von einer internationalen Kommission mit dem Prinzip der Schutzverantwortung ein neues Konzept zur Verhinderung von Massenverbrechen entwickelt. Das Ziel: Staatliche Souveränität und Menschenrechtsschutz sollten miteinander in Einklang gebracht und die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft zur Verhinderung schwerster Menschenrechtsverletzungen festgeschrieben werden. Nur vier Jahre später wurde das Konzept der Schutzverantwortung auf dem Weltgipfel der Vereinten Nationen von ausnahmslos allen Mitgliedsstaaten im Jahr 2005 anerkannt.

Die Schutzverantwortung beinhaltet folgende Prinzipien:

1. Jeder Staat hat die Verantwortung, seine Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen.
2. Die internationale Gemeinschaft hat die Aufgabe, Staaten bei der Wahrnehmung dieser Verantwortung zu unterstützen.
3. Wenn ein Staat zum Schutz seiner Bevölkerung nicht fähig oder willens ist, oder gar selbst Massenverbrechen verübt, geht die Schutzverantwortung auf die internationale Gemeinschaft über. Sie ist dann in der Pflicht, angemessene diplomatische, humanitäre oder andere friedliche Mittel zum Schutz von Zivilisten zu ergreifen. Erst wenn derartige Maßnahmen aussichtslos erscheinen, darf und muss die internationale Gemeinschaft bereit sein, auch Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Neben Sanktionen können hierzu auch

„Kein Mensch auf der Welt ist mehr wert als ein anderer. In Ruanda wurde das vergessen.“



Romeo Dallaire
ehem. UNAMIR Force
Commander, 2004

Das im Jahr 2001 von einer internationalen Kommission entwickelte Konzept der internationalen Schutzverantwortung (engl. Responsibility to Protect) zielte darauf ab, die Verhinderung von Massenverbrechen international zu verregeln. Das Ziel: Staatliche Souveränität und Menschenrechtsschutz sollten miteinander in Einklang gebracht und die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft zur Verhinderung schwerster Menschenrechtsverletzungen festgeschrieben werden. Im Jahr 2005 wurde das Konzept der Schutzverantwortung auf dem Weltgipfel der Vereinten Nationen von ausnahmslos allen Mitgliedsstaaten anerkannt. Seitdem sucht die Staatengemeinschaft nach Wegen, wie das Ziel auch umgesetzt werden kann.

Mit dem Informationsportal www.schutzverantwortung.de verfolgen wir das Ziel, das Konzept der Schutzverantwortung der deutschsprachigen Öffentlichkeit näher zu bringen. Die Seite soll über die Ursprünge und die Entwicklung der Schutzverantwortung und die deutsche und internationale Debatte über das Konzept informieren und auf diesem Weg zu ihrer Stärkung und Umsetzung beitragen.

Als eine überparteiliche Plattform bietet das Informationsportal auch eine Übersicht über die Diskussion zur Schutzverantwortung in Deutschland. Das Portal beleuchtet darüber hinaus was die Bunderegierung unternimmt, um die Schutzverantwortung umzusetzen und Massenverbrechen zu verhindern. Auch die Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien zur Schutzverantwortung werden dargestellt und eingeordnet. Ein Glossar bietet kurze Definitionen zentraler Begriffe in der Debatte sowie Hinweise auf weiterführende deutsche Literatur zum Thema Schutzverantwortung.



Deutschland und die Umsetzung der Schutzverantwortung

Positionierung der Bundesregierung



Deutschland gehört auf Ebene der Vereinten Nationen der Gruppe der „Friends of the Responsibility to Protect“ an und zählt auf dem Papier zu den stärksten Unterstützern der Schutzverantwortung. Im Rahmen einer internationalen Initiative richtete das Auswärtige Amt zudem einen Focal Point für die Schutzverantwortung ein. Als sich die Bundesregierung bei der Mandatierung der humanitären Intervention in Libyen aber als einziger westlicher Staat im UN-Sicherheitsrat der Stimme enthielt, löste dies Verwunderung aus. Im zivilen Bereich stand eine Verhinderung von Massenverbrechen lange hinter der allgemeinen Krisenprävention zurück. Im Jahr 2017 erklärte die Bundesregierung in neuen Leitlinien jedoch, dass die Prävention von Massenverbrechen Teil der deutschen Staatsräson sei. Wie sich dies zukünftig auswirken wird, bleibt offen.

» Überblick über die Umsetzung der Schutzverantwortung in der deutschen Außenpolitik und Stellungen der Bundesregierung.

Die Positionen der Parteien im Bundestag zur Schutzverantwortung

Um eine Übersicht über die Positionierung der Parteien im Deutschen Bundestag zur Schutzverantwortung zu erstellen, wurden Grundsatzprogramme, die letzten Wahlprogramme und weitere offizielle Dokumente wie Leitlinien und Fraktionspapiere ausgewertet. Sie wurden dabei vor allem auf folgende Fragestellungen untersucht:

- Wird direkt auf die Schutzverantwortung Deutschlands Bezug genommen?
- Wird indirekt auf die Wichtigkeit der Verhinderung von Massenverbrechen (Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberungen) eingegangen?
- Wird auf die Frage internationaler Strafgerichtsbarkeit positiv eingegangen? Wird die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs gefordert?
- Wird positiv Bezug genommen auf die Frage internationalen Engagements Deutschlands (zivile und militärische Hilfe zum Zwecke des Menschenrechtsschutzes)?

Klicken Sie auf die Parteilogos für die jeweilige Position:



Veröffentlichungen

Nie zuvor haben die Mitglieder von Genocide Alert so viel veröffentlicht wie im Jahr 2016. Die Mehrheit der Veröffentlichungen konzentrierte sich auf den Genocide Alert Monitor, von denen an dieser Stelle lediglich die zweiseitigen PDF-Publikationen für politische Entscheidungsträger aufgeführt werden. Ausführliche und regelmäßig aktualisierte Länderberichte finden sich auf der Monitorseite (www.genocide-alert.de/monitor/).

Wir haben zudem im Laufe des Jahres unsere Facebook-Seite stärker für kürzere Beiträge zu aktuellen Themen genutzt (www.facebook.com/GenocideAlert/), wodurch sich die Anzahl unserer Facebook-Follower von unter 1.000 auf über 1.600 erhöhte. Auch die längeren Beiträge auf unserer Homepage und an anderen Stellen erfuhren eine sehr positive Resonanz. Besonders die Beiträge für externe Publikationen wie Der Freitag, das Sicherheitspolitik-Blog und das PeaceLab2016-Blog hatten eine große Reichweite. Intensiv diskutiert wurde insbesondere der Beitrag zu Muslimen als Opfer von Massenverbrechen.

Artikel auf der Genocide Alert Homepage 2016

- Genocide Alert e.V. veröffentlicht ersten Bericht über die weltweite Entwicklung von Massenverbrechen (von Jens Stappenbeck, 16. Januar 2016) <http://www.genocide-alert.de/pm-monitor-veroeffentlichung/>
- Infografik: Flucht und Massenverbrechen (von Jens Stappenbeck, 22. Januar 2016) <http://www.genocide-alert.de/infografik-massenverbrechen-und-flucht/>
- Genocide Alert wählt neuen Vorstand (von Genocide Alert, 10. März 2016) <http://www.genocide-alert.de/genocide-alert-waehlt-neuen-vorstand/>
- Dokumentation der Bundestags-Resolution: „Erinnerung und Gedenken an den Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten in den Jahren 1915 und 1916“ (von Anton Peez, 2. Juni 2016) <http://www.genocide-alert.de/bundestags-resolution-erinnerung-und-gedenken-an-den-voelkermord-an-den-armeniern-und-anderen-christlichen-minderheiten-in-den-jahren-1915-und-1916/>
- Genocide Alert veröffentlicht Jahresbericht 2015 (von Anton Peez, 3. Juli 2016) <http://www.genocide-alert.de/genocide-alert-veroeffentlicht-jahresbericht-2015/>
- Sind Muslime hauptverantwortlich für Massenverbrechen wie Völkermorde und Verbrechen gegen die Menschlichkeit? (von Jens Stappenbeck, 29. August 2016) <http://www.genocide-alert.de/muslime-hauptverantwortlich/>
- Kurzbericht: Expertendiskussion zu Krisenprävention und Prävention von Gräueltaten (von Jessica von Farkas, 31. Oktober 2016) <http://www.genocide-alert.de/kurzbericht-experten-krisenpraevention-und-praevention-von-graeuel-taten/>

Genocide Alert Policy Briefs 2016

- Deutschland braucht einen Ansatz zur Prävention von Massenverbrechen (von Gregor Hofmann, 27. November 2016) <http://www.genocide-alert.de/policy-brief-deutschland-ansatz-zur-praevention-von-massenverbrechen/>

Genocide Alert Monitorberichte 2016

- Genocide Alert Monitor Ausgabe 01-03/2015 (von Jens Stappenbeck, 01. Januar 2016) <http://www.genocide-alert.de/wp-content/uploads/2016/01/GA-Monitor-01-03-2015.pdf>
- Genocide Alert Monitor Ausgabe 04/2015 (von Jens Stappenbeck, 01. Mai 2016) <http://www.genocide-alert.de/wp-content/uploads/2016/05/GA-Monitor-04-2015.pdf>
- Genocide Alert Monitor Ausgabe 01/2016 (von Jens Stappenbeck, 01. August 2016) <http://www.genocide-alert.de/wp-content/uploads/2016/08/GA-Monitor-01-2016.pdf>
- Genocide Alert Monitor Ausgabe 02/2016 (von Jens Stappenbeck, 01. November 2016) <http://www.genocide-alert.de/wp-content/uploads/2016/10/GA-Monitor-02-2016.pdf>

Beiträge für externe Publikationen 2016

- Die Prävention von Massenverbrechen muss Priorität sein! (Beitrag von Gregor Hofmann für das PeaceLab2016-Blog, Blog zur Begleitung der Ausarbeitung der Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“, Berlin, 17. Oktober 2016. <http://www.peacelab2016.de/peacelab2016/debatte/atrocity-prevention/article/die-praevention-von-massenverbrechen-muss-prioritaet-sein/>)
- Völkermorde und andere Massenverbrechen: Muslimische Probleme? (Beitrag von Jens Stappenbeck für "Der Freitag - Community Blog", 29. August 2016, <https://www.freitag.de/autoren/jens-stappenbeck/voelkermorde-und-andere-massenverbrechen>)
- Sind Muslime hauptverantwortlich für Massenverbrechen wie Völkermorde und Verbrechen gegen die Menschlichkeit? (Beitrag von Jens Stappenbeck für das Sicherheitspolitik-Blog der Professur für Internationale Organisation an der Universität Frankfurt, 31. August 2016, <https://www.sicherheitspolitik-blog.de/2016/08/31/sind-muslime-hauptverantwortlich-fuer-massenverbrechen-wie-voelkermorde-und-verbrechen-gegen-die-menschlichkeit/>)

Genocide Alert auf Veranstaltungen

Vorträge und Veranstaltungsteilnahmen durch Genocide Alert Mitglieder 2016:

- **“Too Much Information, Too Little Action? Early Warning and Early Response Capabilities in Germany“ (26. Februar 2016, Berlin).** An dem nicht-öffentlichen Workshop der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik nahm Jens Stappenbeck für Genocide Alert teil. Auf dem Workshop diskutierten internationale Experten im Anschluss an den Review2014-Prozess des Auswärtigen Amtes gegenwärtige Konzepte der Frühwarnung und Möglichkeiten frühzeitigen Handelns, insbesondere im Hinblick auf den für viele Beobachter überraschenden Aufstieg des sog. Islamischen Staates und der Annexion der Krim durch Russland.
- **“Weltpolizei, dein Freund und Helfer? Notwendigkeit und Nutzen der Responsibility to Protect“ (11. Mai 2016, Mainz).** Vortrag von Gregor Hofmann an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, im Rahmen der Vorlesungsreihe „Sind wir noch zu retten? – Sicherheit im 21. Jahrhundert“. 
- **„Early Warning – Early Action Dialogue on non-state actors and asymmetric threats“ (30. Juni 2016, Berlin).** Auf Einladung des Auswärtigen Amtes und der International Crisis Group diskutierten Experten auf dem nicht-öffentlichen Seminar im Auswärtigen Amt Lehren aus dem Aufstieg radikaler Gruppierungen wie dem Islamischen Staat, Boko Haram und Al-Qaida. Einzelne regionale Schwerpunkte wurden auf Entwicklungen in Kamerun, im Lake Chad Basin, im Yemen, im Nordkaukasus, in Zentralasien, in Libyen und in der Sahelzone gelegt. Für Genocide Alert nahm Jens Stappenbeck teil.
- **„Der IS auf dem Rückmarsch? (14. Juli 2016, Frankfurt am Main).** Vortrag von Jens Stappenbeck auf einer gemeinsam mit dem Verband Hessische Muslime für Demokratie und Vielfalt (HMDV) organisierten Veranstaltung zur absehbaren militärischen Niederlage des sog. Islamischen Staates. Mit jungen Muslimen wurden die Folgen der militärischen Niederlage, Risiken für anhaltende Terroranschläge und die anhaltende Gewalt in Syrien und im Irak diskutiert.
- **“PeaceLab2016: Preventing Crises, Preventing Atrocities: Lessons and Opportunities for Transatlantic Cooperation“ (20. Oktober 2016, Berlin).** Vortrag von Jens Stappenbeck und Jessica von Farkas auf einer PeaceLab2016-Veranstaltung, organisiert von Genocide Alert gemeinsam mit dem Global Public Policy Institute (GPPI), der BMW Stiftung Herbert Quandt und dem United States Holocaust Memorial Museum in den Räumen der BMW Stiftung Herbert Quandt. Für Genocide Alert anwesend und beteiligt an der Organisation der Veranstaltung war außerdem Emilia von Mettenheim.

Interviews mit Genocide Alert

- **“Genocide Alert sagt Bürgerkriege voraus. Wo wird's brennen?” (22. März 2016, Chrismon)** Interview mit Jens Stappenbeck zur Arbeit von Genocide Alert und Genocide Alert Monitor mit dem Chrismon. Das Interview erschien in der Printausgabe des Chrismon vom April 2016 und online am 22. März 2016 auf <https://chrismon.evangelisch.de/ausgabe/chrismon-april-2016-32068>

Finanzbericht: Das Jahr in Zahlen

Auch 2016 konnte Genocide Alert die Finanzlage stabil halten. In diesem Jahr hat sich der Verein rein über seine Mitgliedsbeiträge und Spenden finanziert. Das dennoch zum Jahresende ein kleiner Überschuss erzielt wurde, lässt sich hauptsächlich auf die reduzierten Lohn(neben)kosten sowie keinen größeren Projekt- oder Fortbildungsausgaben bei annähernd gleichbleibenden Einnahmen durch die Mitgliedsbeiträge zurückzuführen. Auch das Spendenverhalten hat sich 2016 wieder positiver entwickelt.

Die derzeitige **Mitgliedszahl** liegt bei 74 und ist damit im Vergleich zum Vorjahr etwa gleichgeblieben. Im Laufe des Jahres konnten wir einige Neumitglieder gewinnen, mussten uns aber auch von einigen verabschieden. Die durchschnittlichen Einnahmen pro Monat belaufen sich auf 320,66€ und konnten somit im zweiten Jahr in Folge gesteigert werden. Nicht zuletzt, weil einige Mitglieder ihrer zwischenzeitlich vernachlässigten Verpflichtung wieder nachkamen. Auch das Spendenaufkommen ist 2016 wieder gestiegen. Hier konnten 284€ auf der Haben-Seite verbucht werden.

Demgegenüber steht als größter Punkt die Ausgaben für Lohn(neben)kosten, die sich jedoch zum Ende des Jahres 2016 auf einem sehr niedrigen Niveau beliefen. Auch die Kosten für den Internetanbieter konnten Ende des Jahres reduziert werden, was allerdings erst 2017 zu Buche schlägt.

Das Aushängeschild war 2016 der Genocide Alert Monitor. Durch ein umfangreiches Lektorat und entsprechende Werbung (beides zusammen 376€) konnten wir den Monitor on- und offline bekannt machen.

Für 2017 konnte bereits eine Projektförderung durch das AIPR gewonnen werden. Zusätzlich ist es das Ziel, die Mitglieder- und Spendenakquise weiter zu steigern.

Gut vernetzt – Kooperationspartner

Genocide Alert arbeitet mit verschiedenen Kooperationspartnern in Deutschland, Europa und auf internationaler Ebene zusammen. Besonders im Rahmen des Roundtables zu „Preventing Crises, Preventing Atrocities: Lessons and Opportunities for Transatlantic Cooperation“ hat Genocide Alert mit neuen und bekannten Partnern zusammen gearbeitet.

Die Partner 2016 waren:

- BMW Stiftung Herbert Quandt
- Global Public Policy Institute (GPPI)
- United States Holocaust Memorial Museum
- Verband Hessische Muslime für Demokratie und Vielfalt (HMDV)

Genocide Alert versteht sich als Teil der internationalen Menschenrechtslobby und ist außerdem aktives Mitglied folgender Zusammenschlüsse:

- International Coalition for the Responsibility to Protect
- Justice for Darfur Coalition
- International Campaign to End Genocide
- Coalition for the International Criminal Court
- International Campaign to Stop Rape & Gender Violence in Conflict
- Every Casualty Campaign



Impressum

Vi.S.d.P. Dr. Robert Schütte
April 2017
Kontakt: info@genocide-alert.de
Genocide Alert e.V.
c/o Robert Schütte
Michaelstraße 3
50676 Köln